

Riefaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckort: Riefa, den 29. Januar 1926.

Das Riefaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riefa, des Finanzamts Riefa und des Hauptzollamts Riefa.

Postkontonummer: Dresden 1830
Circulanz Riefa Nr. 82.

Nr. 24.

Freitag, 29. Januar 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7,30 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und feierliche Feiertage, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 30 mm breite Zeile 100 Gold-Pfennige; gelbdruckender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag: feste Tarife. Bewilligte Rabatte erstreckt sich, wenn der Betrag beträgt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riefa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". - Im Falle höherer Gewalt - Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Verlegeranstalten - hat der Verleger keinen Anspruch auf Weiterung oder Nachlieferung der Zeitung aber auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riefa. Geschäftsstelle: Gaehtstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riefa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riefa.

Annahme des Vertrauensvotums im Reichstage.

Die parlamentarische Entscheidung.

11 Berlin, 28. Januar. Im Reichstag wurde das Vertrauensvotum der Regierungsparteien mit 160 gegen 130 Stimmen bei 190 Enthaltungen angenommen. (Lebhafte Beifall bei den Regierungsparteien.)

Am 28. Januar. Es waren Stunden der ungeheuren Spannung, die der Abstimmung über den Vertrauensantrag für die Regierung Luther vorausgingen. Das Reichskabinett, das noch am Beginn der Reichstags-Sitzung fast vollständig den Verhandlungen im Reichstag beigegeben hatte, trat gegen 4 Uhr zu einer nochmaligen Sitzung zusammen, der man in den parlamentarischen Kreisen besondere Bedeutung beimah. Inzwischen waren die Parteien übereingekommen, nach Möglichkeit ein vereinfachtes Verfahren anzuwenden, um die Abstimmung ohne erhebliche Verzögerungen vornehmen zu können. Gegen 5 Uhr war die Sitzung des Reichstages beendet. Es war ein Moment lebhaftester Bewegung, als der Reichskanzler mit dem Mittelsmann des Kabinetts, voran der Innenminister Dr. Müller, wieder den Sitzungssaal betrat. Durch den parlamentarischen Zwischenfall mit dem völkischen Abgeordneten Henning war jedoch eine unheilgeschwängerte Atmosphäre geschaffen, die fortwährend die neuen Zusammenstöße zwischen der Regierung und der Opposition für die Regierungsparteien waren bis zum letzten Augenblick angehalten bemüht, auf die Sozialdemokraten und insbesondere auch auf die Wirtschaftspartei einzuwirken, um sie dazu zu bewegen, bei der Abstimmung dem Kabinett zu Hilfe zu kommen.

Nachdem die Vertrauensfrage gelöst ist, wird die Regierung voraussichtlich bei passender Gelegenheit durch den Reichsaußenminister Dr. Stresemann Erklärungen über den Stand der außenpolitischen Fragen abgeben lassen.

Eine stürmische Reichstags-Sitzung.

Im Reichstag kam es in der gestrigen Sitzung zu einem Skandal, wie ihn das Haus selbst in den stürmischen Zeiten noch nicht erlebt hatte. Der völkische Redner, Abgeordneter Henning, der annähernd zwei Stunden lang sprach und fast die Gesamtheit durch seine überaus wuchtigen Angriffe gegen die Regierung auslöste, erging sich gegen die Regierung Luther in scharfen Beleidigungen, die eine ungeheure Erregung im ganzen Hause hervorriefen. Als Henning am Schluss seiner Rede das Wort gebrauchte, das Kabinett Luther sei eine Regierung der Feste am eigenen deutschen Volke, sprach Reichskanzler Dr. Luther in ungeheurer Erregung von seinem Sitz empor, stellte sich unmittelbar vor den völkischen Redner hin und schrie ihm mit hochgedrehtem Kopf ins Gesicht, er müsse sich derartige Unverschämtheiten verbitten. Dieser Ausbruch der Entrüstung, der den Kanzler veranlaßt hatte, diesen Akt der moralischen Notwehr zu vollziehen, übte auf das ganze Haus eine ungeheure Wirkung aus. Alle Abgeordneten waren von ihren Sitzen aufgesprungen und die Mehrheit verlangte die sofortige Entlassung des völkischen Abgeordneten Henning aus dem Saale. Ein obenbelebender Sturm durchtobte minutenlang das Haus, da Henning sich weigerte, den Saal zu verlassen. Der Zwischenfall drohte sich bis zu Täuschlichkeiten zu steigern, als endlich Vizepräsident Dr. Bell mit vor Erregung zitternder Stimme die Erklärung abgab, daß der Abgeordnete Henning wegen seines unerhörten Auftretens aus der Sitzung ausgeschlossen sei.

Raum war dieser Zwischenfall beendet, so kam es schon zu neuen stürmischen Ausbrüchen, und zwar diesmal zwischen den Deutschnationalen und den Völkischen. Der deutschnationale Abgeordnete von Vindeimer-Wildau gab spontan und ohne jeden Auftrag seiner Fraktion, wie er ausdrücklich betonte, die Versicherung ab, er bedauere aufs lebhafteste die unerhörte Eingeleitung des völkischen Redners und müsse seinem tiefen Bedauern über einen derartig beschämenden Austritt Ausdruck geben. Die Völkischen, die aber diese moralische Ohrfeige außerordentlich entsetzt waren, warfen dem deutschnationalen Abgeordneten heftige Schimpfwörter zu und verließen unter dauernden Schmähungen gegen die Mehrheit des Hauses endlich den Saal.

Der Sitzungsbericht.

11 Berlin, den 28. Januar 1926.

Am Regierungstische: Reichskanzler Dr. Luther. Präsident Loebe eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 30 Min. Vor Eintritt in die Tagesordnung wendet sich Abg. v. Scharf (D.) gegen einige Wendungen des Abg. Grafen Bethary (D.) in seiner Mittwochsrede. Besonders hinsichtlich einiger Vorbemerkungen für den Eintritt in den Völkischen Bund. Der Redner erklärt ausdrücklich, daß er im vollsten Einvernehmen mit allen seinen politischen Freunden in der Befolgung der von dem Grafen Bethary vorgezeichneten politischen Linie eine Gefährdung der Gesamtergebnisse Deutschlands und insbesondere der besetzten Gebiete sehe, die unter allen Umständen vermieden werden müsse (Beifall l. Str.)

Abg. Meyer-Frank (D.) verlangt sofortige Entlassung des völkischen Abgeordneten Henning aus dem Saal.

Die bayerische Regierung habe den Verfassungsbruch zu einem System gemacht.

Gegen die sofortige Behandlung dieser Frage wird Widerspruch erhoben.

große politische Aussprache

über die Regierungserklärung wird dann fortgesetzt.

Abg. Henning (D.) bekämpft das neue Kabinett Luther. Der Reichskanzler habe gezeigt, daß er die verhängnisvolle Erfüllungspolitik fortsetzen wolle. Daher müsse er von den Völkischen entschieden bekämpft werden. Die Sozialdemokratie nenne man jetzt staatszerstörerisch, um sie zur Unterstützung der Regierung heranzuziehen, aber tatsächlich habe sie andauernd den Staat untergraben. Es sei unerträglich, wenn nach dem Eintritt in den Völkischen Bund deutsche Truppen etwa unter französischem Oberbefehl kommen sollten, um Polen vor Angriff zu schützen. Der Redner fordert im Falle einer Entlassung der Völkischen die Entlassung sämtlicher Dillinger. Er richtet dann heftige Angriffe gegen die Regierung, die als Regierung der Erfüllungspolitik gestürzt werden müsse. Sie sei eine Regierung der Hausnot am eigenen Volke. (Das Haus hatte sich schon während der ganzen Ausführungen des Abg. Henning eine große Unruhe bemächtigt. Am Regierungstische verfolgte man erregt die weiteren Ausführungen. Bei den letzten Worten Hennings sprang Reichskanzler Dr. Luther in großer Erregung auf, tritt auf den Abg. Henning zu und ruft: Ich verbitte mir derartige Bemerkungen ganz energisch! - Im Hause entricht ungeheure Anstöße.)

Der Abg. Henning will sich dann auf seinen Platz begeben. Auf dem Wege dahin umringt ihn zahlreiche Abgeordnete, die in großer Erregung sind. Zwischenlang erschallt der Ruf: Raus! Der Vizepräsident Dr. Bell schafft nur mit Mühe Ruhe. Er erklärt dann, daß der Abg. Henning sich einen so schweren Verstoß gegen die parlamentarischen Gebräuche habe zuschulden kommen lassen, daß er ihn von der Sitzung ausschließe. - Die Mehrheit nimmt diese Verurteilung mit lebhaftem Beifall entgegen, während die Völkischen wütend antworten.

Der Abg. Henning verläßt darauf den Saal. Der nächste Abg. v. Vindeimer-Wildau (D.) erklärt, daß er zwar hier als Redner der Opposition stehe, daß er aber die Ausführungen des Abg. Henning bedauere, weil sie nicht dazu beitragen, die Würde des Parlamentes zu erhöhen.

Der Redner erklärt weiter, er sei überzeugt, daß er die Zustimmung seiner Fraktionsfreunde habe, wenn er die taktvolle Entlassung seines Vorredners entschieden mitbillige. (Leb. Beifall.) Der Redner bezeichnet in seinen weiteren Ausführungen die Krise als eine solche des parlamentarischen Regierungssystems überhaupt, das nun vor dem Zusammenbruch stehe. Die heutige deutsche Außenpolitik werde dem Ernst der internationalen Lage nicht gerecht. Auch wir sind der Meinung, so erklärt der Redner, daß wir eine erfolgreiche Außenpolitik nur treiben können auf dem Wege einer Verständigung mit unseren früheren Feinden. (Hört! hört! l. d. Mitte.) Aber wir wollen nicht allein die Gedanken sein. Nach den Entlassungen bezüglich der Rückwirkungen aus dem Locarno-Vertrag dürfen wir nicht unseren letzten Trumpf, den Eintritt in den Völkischen Bund, ohne sichtbare Gegenleistungen aus der Hand geben.

Als Teilnehmer des Weltkrieges kann ich sagen, daß wir unsere Blicke und Herzen vor dem großen idealen Gedanken einer überstaatlichen Organisation, die geeignet und bereit ist, die Welt möglichst von der furchtbaren Gefahr gewalttätiger Lösungen internationaler Konflikte zu befreien, nicht verschließen. Aber wir müssen ernsthaft prüfen, ob dieser Völkischer Bund geeignet ist, dieser Friedensbringer zu sein.

Aber man errichtet überall nur neue Barricaden, um den Einfluß Deutschlands zu verringern. Der Redner fordert den Schutz der nationalen Minderheiten und Rückgabe der deutschen Kolonien und das Recht der Selbstbestimmung bezüglich einer Vereinigung mit Österreich und den deutschen Minderheiten in anderen Ländern. Es werde erst Frieden in Europa geben, wenn das deutsche Volk das Recht zum deutschen Nationalstaat habe. Die deutsche Irredentia sei die größte der Welt. Der Redner schloß mit der Versicherung, daß die deutschnationale Opposition keine Feindschaft, sondern eine rein sachliche sein werde in dem Ringen um die deutsche Zukunft. (Beifall rechts.)

Abg. Roemer (D.) protestiert gegen den Ausschluß des Abg. Henning. Dadurch werde die Opposition demoralisiert. (Vizepräsident Dr. Bell verwahrt sich dagegen, als ob er sich beim Ausschluß Henning von dem Hause oder von dem Reichskanzler habe beeinflussen lassen, er sei nur seinem Gewissen gefolgt.) Roemer richtet dann heftige Angriffe gegen einzelne Mitglieder und Parteiführer und wird zur Ordnung gerufen und mehrfach gerügt.

Abg. Drewitz (D.) bedauert das geringe Entgegenkommen der Reichsregierung gegenüber dem Mittelstand. Der Redner erklärt, er sei durchaus für eine Preislenkung, er sei aber gegen die falsche Methode, die dabei angewendet werde. Man dürfe nicht immer den Mittelstand zum Prätext machen.

Der Redner erklärt, seine Fraktion werde sich bei der Abstimmung noch einmal neutral verhalten, um dem Reichskanzler nochmals Gelegenheit zu geben, etwas für den Mittelstand zu tun.

Abg. Dr. Feder (D.) wirft der Reichsregierung vor, das deutsche Volk in die Hindernisse des internationalen Großkapitals gebracht zu haben.

Abg. Dr. Dreißack (D.) weist in einer Erklärung darauf hin, daß die Äußerungen des Reichskanzlers nur die Zustimmung seiner Freunde finden können, soweit sie die auswärtige Politik betreffen. Die sozialdemokratische Fraktion begrüßt die Fortsetzung der Politik von Locarno und den bevorstehenden Eintritt in den Völkischen Bund. Sie erwartet, daß die Reichsregierung innerhalb des Völkischen Bundes alles tun wird, um einen raschen Abbau der fremden Belastung herbeizuführen. Unbefriedigend sei für die sozialdemokratische Reichstagsfraktion das innerpolitische Programm der Regierung. Vermutlich werde besonders die Zustimmung zum Washingtoner Abkommen und zu einem Arbeitszeitgesetz, das den Achtundtagsarbeitern Anzuerkennung sein und die Maßnahmen zur Linderung der Not der Erwerbslosen.

Aus Gründen der auswärtigen Politik werde die sozialdemokratische Fraktion Vertrauensanträge ablehnen, wegen der inneren Politik könne sie ein Vertrauensvotum nicht annehmen. Sie werde sich daher bei der Abstimmung über das Vertrauensvotum der Stimme enthalten.

Abg. Dr. Scholz (D.) beantragt die Überweisung des deutschnationalen Antrages über die Vorbereitungen zum Eintritt in den Völkischen Bund an den Auswärtigen Ausschuss. Man müsse erst die Verhandlungen des Außenministers mit den fremden Mächten abwarten. Die Fragen würden auch noch im Auswärtigen Ausschuss vor dem Eintritt zum Völkischen Bund erörtert werden.

Abg. v. Graefe (D.) protestiert gegen die Hinzuweisung des Abg. Henning und verwahrt sich gegen jede Schimpfwörter. Henning habe ausdrücklich erklärt, er habe mit seiner Bezeichnung des Kabinetts keine persönliche Beleidigung beabsichtigt, sondern nur auf die Wirkungen des Eintritts in den Völkischen Bund hingewiesen. Der Redner erklärt, wie Cassandra warne er den Reichskanzler noch in letzter Stunde. (Große Heiterkeit.)

Abg. Graf Bethary (D.) widerspricht der Überweisung seines Antrages an den Ausschuss und verlangt sofortige Entscheidung. Der Abg. Bethary nach Locarno hätten seine Freunde zugestimmt in der Voraussetzung, daß keine Bindung in Locarno erfolgen sollte.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann

ergreift dann das Wort und stellt fest, daß die wichtigen außenpolitischen Fragen im Fluss sind und inzwischen eine weitere Entwicklung erfahren haben. Er erklärt sich bereit, im auswärtigen Ausschuss ausführlich Auskunft zu geben. Es sei notwendig, die Völkischer Bundfragen im Zusammenhang zu erörtern. Auf Zurufe des Abg. Bethary erklärt er, daß es im Interesse des Landes notwendig sei, diese Fragen nicht hier, sondern im Ausschuss zu behandeln. Im übrigen stellt er fest, daß das Kabinett nicht die deutschnationalen Richtlinien für Locarno akzeptiert habe. Das sei ein Irrtum. Die für die Delegation aufgestellten Richtlinien seien im Kabinett entstanden, wobei auch einige Vorläufer der deutschnationalen Denkschrift berücksichtigt sein mögen.

Der Minister verweist dann auf Erklärungen der Befugnisbehörde vom heutigen Tage, worin es heißt, daß die Regierungen der Befugnisbehörde entgegen gewissen Presse-meldungen keinerlei Entscheidung in dem Sinne gefaßt haben, daß die Stärke der Befugnisabteilungen 75 000 Mann oder annähernd soviel betragen solle. (Hört! hört!) Die Befugnisbehörde, besonders Frankreich, bleiben bei der Auffassung stehen, die sie wiederholt ausgesprochen haben. Sie sind dabei, die Einzelheiten zu prüfen mit dem Ziel, die Zahl der bestehenden Truppen auf das denkbar geringste Maß herabzubringen. Der in der Note vorgesehene Nachschub wird verwirklicht werden, sobald die Verträge von Locarno in Kraft getreten sind. (Leb. hört! hört!) Als Termin der Wiener Räumung wird der 31. Januar Mitte nächst festgelegt. (Leb. hört! hört! und Beifall.)

Damit schließt die Aussprache. Präsident Loebe schlägt vor, zur Erledigung des Falles Henning eine neue Sitzung anzuberaumen, um dem Abg. Henning Gelegenheit zur Teilnahme an der Abstimmung zu geben.

Abg. v. Scharf (D.) widerspricht, da die Beileidigung mit kaltem Blute ausgesprochen worden sei.

Auf die Frage des Abg. Meyer-Frank (D.) erklärt der Präsident, daß bereits der Versuch gemacht worden wäre, den Abg. Henning zur Zurücknahme seiner Beileidigung zu veranlassen. Das sei aber abgewiesen worden. (Hört! hört!)

Abg. v. Graefe (D.) erklärt, daß Henning niemals unter dieser laudimische Joch gehen würde. Wenn die Abstimmung von der Stimme Henning abhängen würde, so wäre das eine klägliche Blamage für das Kabinett. Nicht einen Millimeter werde er entgegenkommen.

Präsident Loebe zieht darauf seine Anregung zurück. Unter allgemeinem großen Interesse des Hauses und der Tribünen beginnen dann die

Abstimmungen.

Der Antrag Bethary über die Vorbereitungen für den Eintritt in den Völkischen Bund wird dem Auswärtigen Ausschuss überwiesen.

(Fortsetzung nächste Seite)